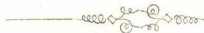


Statuten
des
Beamten-
Unterstützungs-Vereins
im
Kaschaner Verwaltungsgebiete.



Kaschau,
Druck von C. Werfer.
1859.

564867

institut

Universität - Budapest

KNY-19-00669



§. 1.

Zweck des Vereines.

Der Zweck dieses Vereines besteht in der Unterstützung der nach dem verstorbenen Vereinsmitgliede hinterbliebenen Witwe und Waisen, oder im Falle er ledig, oder im Witwenstande kinderlos gestorben ist, jener Individuen, welchen als nächsten gesetzlichen oder als letztwillig berufenen Erben die Verpflichtung zur Bestreitung der Krankheits- und sonstigen Kosten nach dem verstorbenen Vereinsmitgliede obliegt, oder denen der Erblasser diese Unterstützung legirt hat.

Der Verein wird sein Streben auch dahin richten, nach Maßgabe seiner Kräfte in außerordentlichen Unglücksfällen hilfsbedürftigen Vereinsmitgliedern noch während deren Lebenszeit eine Unterstützung zu gewähren.

§. 2.

Ausführbarkeit dieses Zweckes durch Beiträge.

Die Erreichung dieses Zweckes wird ausführbar gemacht durch Beiträge, welche von solchen Personen erfolgen, die für den Fall des Todes ihren Angehörigen oder sonst bestimmten Personen den wohlthätigen Einfluß dieses Institutes sichern wollen. Die Beiträge der Vereinsmitglieder werden nebst einer zur Zeit des Eintrittes zu berichtenden Einlage, alljährlich geleistet.

§. 8

Ausdehnung des Vereines. Vereinsmitglieder.

Als Vereinsmitglieder werden nur Beamte der im Kaschauer Verwaltungsgebiete befindlichen Behörden und Aemter, dann Bildungs- und Humanitäts-Anstalten aufgenommen. Insbesondere werden hiezu gerechnet: Landesfürstliche Beamte, Beamte der königlichen Freistädte und Krongemeinden, dann Advocaten und Lehrer. Das beitretende Vereinsmitglied muß in activem besoldeten oder unbesoldeten Dienste stehen, gesund sein, und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Ausnahmsweise wird im ersten Jahre des Bestandes dieses Vereines auch solchen Vereinswerbern der Eintritt gestattet, die zwar das 50. Lebensjahr überschritten, allein das 60. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben.

§. 4.

Ursprüngliche Einlage. Jahresbeiträge.

Die ursprüngliche Einlage und die Jahresbeiträge werden nach Procenten der baaren Besoldung oder der baaren Bezüge berechnet. Hierbei werden österr. Währ. Beträge unter 50 fl. auf volle 50 fl. — jene über 50 fl. auf volle 100 fl. abgerundet, darnach die ursprüngliche Einlage sowohl als die Jahresbeiträge berechnet, und zur Gebühr vorgeschrieben. Personal-Zulage, Quartierbeiträge, Naturalbezüge bleiben außer Betracht.

Bei unbefeldeten oder denjenigen Beamten, welche eine Besoldung von 300 fl. CM. noch nicht beziehen, wird der Betrag von 300 fl. CM. als der geringste Maßstab der procentmäßigen Beitragsleistung angenommen.

Dagegen werden die ursprüngliche Einlage und die Jahresbeiträge nur bis zu einem Gehaltsbetrage von einschläffig 2100 fl. ÖW. berechnet, ein diesen Betrag übersteigender Gehaltsbezug ist von höherer Beitragsleistung befreit.

Vereinswerbern, welche keine fixen Bezüge haben, bleibt es unbenommen, die ursprüngliche Einlage und die Jahresbeiträge von einem Betrage zu leisten, der innerhalb des erwähnten niedersten und höchsten Maßstabes liegt. Dies gilt auch von solchen Vereinsmitgliedern, die späterhin gänzlich aus dem Dienste treten, sobald sie nach dem während des Dienstes zuletzt angenommenen Maßstabe die jährlichen Beiträge nicht leisten wollen.

Die ursprüngliche Einlage beträgt bei Vereinsmitgliedern, die das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, Ein Procent, bei Vereinsmitgliedern, die das 40. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, Zwei Procent der zur Zeit des Eintrittes bestehenden jährlichen Besoldung, oder des wie erwähnt wenigstens auf eine Besoldung von 300 fl. CM. fixirten Betrages.

Diese erste Einlage ist entweder sogleich beim Eintritte oder in sechs gleichen, vom Eintritte berechneten monatlichen Anticipativ-Raten einzuzahlen. — Diese ursprüngliche Einlage ist nur einmal zu leisten, bei Vorrückung in höhere Gehaltsbezüge ist somit von den Mehrbezügen ein weiterer Nachtrag zu dieser ursprünglichen Einlage an den Verein nicht mehr zu entrichten.

Der ununterbrochen einzuzahlende Jahresbeitrag besteht in $\frac{1}{2}$ Percent des jeder Zeit fixen Gehaltes, oder des wie bereits erwähnt fixirten Betrages. Dieser Jahresbeitrag ist jeweilig entweder bei Beginn des Jahres vorhinein, oder in vierteljährigen Anticipativ-Raten, vom Tage des erfolgten Eintrittes berechnet, an die Vereinskassa entrichten.

Vereinsmitglieder, welche das 50. Lebensjahr überschritten, allein das 60. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, und wie früher erwähnt im ersten Jahre des Bestandes, d. i. vom 1. August 1858 bis 1. August 1859, in den Verein aufgenommen worden sind, müssen die ursprüngliche Einlage mit 2% ein für allemal, dann für jedes über das 50. Lebensjahr zurückgelegte Jahr die $\frac{1}{2}$ % Jahresbeiträge als Nachtragszahlungen sogleich und auf einmal leisten.

Vereinsmitgliedern, die später durch Versetzung in eine geringere Gehaltsklasse, Pensionirung oder Quiescirung in einen geringeren Bezug treten, bleibt es unbenommen, nach dem früher höheren Gehalts- oder nach dem spätern geringeren Gehalts-, Pensions- oder Quiescentenbezüge die Jahresbeiträge zu leisten. Aenderungen in den Bezügen sind dem Vereine anzuzeigen.

§. 5.

Aufnahme.

Zur Aufnahme ist eine mit dem Taufscheine und dem von einem öffentlichen Sanitätsbeamten ausgestellten ärztlichen Gesundheitszeugnisse belegte, vom Eintrittsverber eingehändig gefertigte Beitrittserklärung nothwendig, welche nebst Angabe des Bezuges in ÖW. auch den ausdrücklichen Beisatz enthalten muß, daß dem Vereinsverber die genehmigten Statuten bekannt sind, und daß er solchen nachkommen wolle.

Bei genehmigter Aufnahme in den Verein werden die der Beitrittserklärung in Original, oder in vidimirter Abschrift beigelegten Documente rückgestellt.

Die dem Vereinsmitgliede zugesicherten Vortheile treten nicht vom Zeitpunkt der genehmigten Aufnahme, sondern vom Zeitpunkte der an die Vereinskassa eingezahlten ursprünglichen Einlage, oder wenigstens der ersten Rate derselben, dann des ersten ganzen oder vierteljährigen Jahresbeitrages ein.

§. 6.

Austritt, Ausschiessung aus dem Vereine.

Jedem Mitgliede bleibt es unbenommen, wann immer aus dem Vereine auszutreten.

Dieser freiwillige Austritt ist dem Vereine schriftlich anzuzeigen. Dagegen werden jene Vereinsmitglieder ausgeschlossen, welche

1. mit der Einzahlung der ursprünglichen Einlage oder der Jahresbeiträge derart säumig sind, daß sie die damit ganz oder theilweise durch 3 Monate nach dem bestimmten längsten Zahlungstermine im Rückstande bleiben;
2. welche den Verein durch unrichtige Angaben ihres zur Zeit des Eintrittes gehaltenen Alters, ihrer Gesundheitszustände, ihres ursprünglichen oder später eingetretenen höheren Gehaltsbezuges zu benachtheiligen suchen.

Der aus dem Vereine freiwillig austritt, oder der rechtskräftig aus demselben ausgeschlossen wird, kann keine wie immer geartete Rückzahlung der mittlerweile geleisteten Einlage und Beiträge ansprechen. Sowohl er, als auch seine Witwe, Waisen oder Erben werden aller Vortheile dieses Vereins für verlustig erklärt.

Die Uebersetzung oder Beförderung eines Vereinsmitgliedes in ein anderes Kronland oder in ein anderes Verwaltungsgebiet, der Uebertritt in eine andere Dienstleistung oder der gänzliche Dienst-Austritt ändert nichts an den Rechten des Mitgliedes, sobald und in so lange dasselbe ungeachtet dieser in seinen persönlichen Verhältnissen eingetretenen Aenderung den statutenmäßigen Verpflichtungen nachkommt.

§. 7.

Wiederaufnahme.

Die Wiederaufnahme eines freiwillig ausgetretenen oder ausgeschlossenen Vereinsmitgliedes kann jedoch nur gegen fernere Beobachtung der Statuten und gegen dem bewilligt werden, daß der Wiederaufgenommene alle statutenmäßigen Nachtrags-Zahlungen seit dem Tage seines Austrittes oder seiner Anschließung in längstens 3 gleichen einmonatlichen Anticipativ-Raten leistet.

Mitglieder, welche zum zweiten Male austreten, oder ausgeschlossen werden, dürfen für keinen Fall in den Verein wieder aufgenommen werden.

§. 8.

Unterstützungsbeitrag.

Die vom Vereine gewährten Vortheile bestehen, in der Erlangung eines Unterstützungsbeitrages.

Der Unterstützungsbeitrag, welchen der Verein bei Ableben eines Vereinsmitgliedes dem zum Bezuge Berechtigten ein für allemal berichtet, besteht in dem 15procent. Betrage desjenigen Gehaltes oder einer dem Gehalte gleichgestellten Summe, wovon der Jahresbeitrag zuletzt an die Vereinskassa entrichtet wurde.

Dieser Unterstützungsbeitrag kann zwar auch höher bemessen werden, allein er darf den Betrag von 300 fl. C.M. nie übersteigen. Bei gerichtlich geschiedenen Ehegatten erhalten die zurückgebliebenen Kinder, oder in deren Ermangelung die sonstigen Erben, nicht aber die Witwe diesen Unterstützungsbeitrag; es wäre denn, daß diesfalls oder bei geschiedenen Ehegatten überhaupt, das Vereinsmitglied eine andere letztwillige Verfügung getroffen hätte.

Die Bezahlung des Unterstützungsbeitrags geschieht gleich nach Ableben des Vereinsmitgliedes gegen eine klassmäßig gestempelte, vom Vereins-Director und einem Ausschußgliede coramisirte Quittung des Bezugsberechtigten oder seines legal ausgewiesenen Bevollmächtigten, und im Falle Ersterer nicht eigenberechtigt ist, des legal ausgewiesenen Vormundes oder Curators. Stirbt ein Vereinsmitglied außerhalb des Sitzes der Vereinsverwaltung, so ist der Quittung auch der legale Todenschein beizulegen.

Wird nur der procentmäßige Unterstützungsbeitrag angesprochen, so bedarf das Ansuchen keiner besondern Begründung, der Anspruch auf einen dieses Maß übersteigenden Unterstützungsbeitrag ist entsprechend zu begründen. Wenn der Verein diesem Anspruche nicht zu willfahren findet, so muß sich der Bezugsberechtigte mit dem procentmäßigen Unterstützungsbeitrage begnügen.

Wenn innerhalb eines Zeitraumes von 6 Monaten, vom Todestage des Vereinsmitgliedes an, auf den Unterstützungsbeitrag kein Anspruch gestellt wird, oder wenn keine Bezugsberechtigten verblieben sind, so verbleibt der entfallende Betrag der Vereinskassa als Eigenthum.

Stirbt ein Vereinsmitglied vor erfolgter gänzlicher Einzahlung der ursprünglichen Einlage, so wird der hierauf ausständige Betrag in jedem Falle von dem auszuzahlenden Unterstützungsbeitrage abgezogen. Ueberhaupt werden alle bis zum Todestage des Vereinsmitgliedes fällig gewesenem noch nicht berichtigten Schuldigkeiten von dem bemessenen Unterstützungsbeitrage in Abschlag gebracht, und nur der sich zeigende reine Ueberrest an den Bezugsberechtigten ausgezahlt. — Die Unterstützung hilfsbedürftiger Vereinsmit-

glieder während deren Lebenszeit kann nur unter den in der Darstellung „Vereinsvermögen“ enthaltenen Bedingungen stattfinden. Wenn diese letzt-erwähnte Unterstützung nicht gewährt wird, so kann gegen die bezügliche Erledigung keine Beschwerde erhoben werden.

§. 9.

Vereinsverwaltung.

Zu der unter dem Protectorate eines hochgestellten Beamten stehenden Vereins-Verwaltung gehören:

1. Der Vereins-Director und dessen Stellvertreter.
2. Der enge Vereinsausschuß.
3. Der verstärkte Vereinsausschuß.
4. Zwei Secretäre.
5. Ein Cassier und ein Controllor.
6. Die Vereins-Curatoren.
7. Der Vereinsdiener.

Mit Ausnahme des Protectors und der Vereins-Curatoren müssen die übrigen Functionäre am Sitze der Vereins-Verwaltung domiziliren. Es ist nicht nothwendig, daß der Protector zugleich Vereinsmitglied sei, die übrigen Functionäre mit Ausnahme des Vereinsdieners müssen Vereinsmitglieder sein. Allenfällige Abgänge der Verwaltungsorgane müssen ohne Verzug ersetzt werden.

§. 10.

Vereins-Protector.

Dem Protector muß über den Stand und das Wirken des Vereines halbjährig berichtet werden, er gewährt dem Vereine den Schutz nach Außen.

§. 11.

Vereins-Director.

Der Vereins-Director leitet die gesammten Geschäfte des Vereines, er beruft den engen und verstärkten Ausschuß, führt bei den diesfälligen Sitzungen den Vorsitz, hat insbesondere im innern und äußern Verkehre für eine entsprechende Geschäftsbehandlung, für den günstigen Fortbestand des Vereines und für den sparsamsten Haushalt der Vereinsverwaltung Sorge zu tragen. Für Verhinderungsfälle steht ihm ein Stellvertreter zur Seite.

Die Correspondenz geht von der Vereins-Direction aus.

§. 12.

Der enge Vereinsausschuss.

Der enge Vereinsausschuß besteht aus 6 Mitgliedern. Zur Gültigkeit seiner Beschlüsse ist die Anwesenheit des Vereins=Directors oder des hiezu berufenen Stellvertreters, dann von wenigstens 4 Ausschuß=Mitgliedern nothwendig.

Die Wirksamkeit des engen Vereinsausschusses bezieht sich:

- a) auf die Aufrechthaltung der Statuten und Emporbringung des Vereines;
- b) auf die Beantragung zweckdienlicher durch die Zeitumstände nothwendig gewordener Veränderungen derselben; dieser Ausschuß hat
- c) neue Vereinsmitglieder aufzunehmen, sich die möglichst genaue Ueberzeugung über die Gesundheit, dann über das Alter des Aufzunehmenden zu verschaffen, und bei begründeten Bedenken die Aufnahme zu verweigern;
- d) auf die richtige Einzahlung der bestimmten Vereinsbeiträge anzu bringen;
- e) Vereins=Mitglieder von den Wohlthaten des Vereines auszuschließen und einmal ausgeschlossene Glieder in den Verein wieder aufzunehmen;
- f) für zweckmäßige Verwendung der eingehenden Vereinsbeiträge Sorge zu tragen;
- g) den procentmäßigen Unterstützungsbeitrag zur Zahlung anzuweisen; das Begehren um einen dieses Ausmaß übersteigenden Unterstützungsbeitrag, so wie die Bitte zur Unterstützung eines hilfsbedürftigen Vereinsmitgliedes während dessen Lebenszeit an den verstärkten Ausschuß zu verweisen;
- h) die richtige und ordentliche Cassaführung zu überwachen, zu diesem Behufe die vom Cassier und dem Controlor jährlich mit Ende December zu legende, und längstens bis Ende Jänner des nächsten Jahres an ihn zu übergebende documentirte Cassa=Rechnung zu prüfen, und zu erledigen, die Vereinskassa öfters und wenigstens zweimal des Jahres unvermuthet zu scontriren, nöthigenfalls dieselbe auch ordentlich zu liquidiren, endlich den von den Cassabeam-

ten mit jeder Rechnung gleichzeitig vorzulegenden summarischen Rechnungs-Ausweis nach erfolgter Richtigstellung der Jahres-Rechnung in der „Pest-Diener Zeitung“ einschalten zu lassen, damit sich jeder von der Gebahrung die Ueberzeugung verschaffen könne.

§. 13.

Der verstärkte Ausschuss.

Der verstärkte Ausschuss besteht aus 16 eigens bestellten Mitgliedern, dann aus dem gesammten engern Ausschusse. Zur Gültigkeit seiner Beschlüsse ist die Anwesenheit des Directors oder des hiezu berufenen Stellvertreters, dann von wenigstens 12 bis 14 Mitgliedern nothwendig.

Die Wirksamkeit des verstärkten Ausschusses besteht:

- a) In der Schlußfassung der vom engen Ausschusse beantragten Statuten-Abänderung;
- b) in der Abhilfe eingerissener ordnungswidriger Vorfälle überhaupt, insbesondere aber bei Gebahrung mit dem Vereinsvermögen;
- c) in der Enthebung eines Vereinsmitgliedes von der bestimmten Function bei einem vom verstärkten Ausschusse als für den Verein nachtheilig anerkannten Wirken;
- d) in der Festsetzung des Honorars für den Vereinsdiener nach Ablauf jeden Jahres;
- e) demselben kommt zu, einen die procentmäßige Feststellung übersteigenden vom engen Ausschusse beantragten Unterstützungsbeitrag in dem beantragten oder noch höhern Betrage zu bewilligen, oder aber denselben selbst beim gestellten, jedenfalls aber beim unterbliebenen Antrage zu verweigern; endlich
- f) die vom engen Ausschusse beantragte Unterstützung eines hilfsbedürftigen Vereinsmitgliedes während dessen Lebenszeit in dem beantragten oder noch höhern Betrage zu bewilligen, oder aber dieselbe selbst beim gestellten, jedenfalls aber beim unterbliebenen Antrage zu verweigern.

Bei Berathungen des engen und verstärkten Ausschusses entscheidet die absolute Stimmenmehrheit.

§. 14.

S e c r e t ä r e.

Die Secretäre werden zur Protokollirung der Beschlüsse, zur Expedition der Correspondenz verwendet, haben bei Verathungen nur eine informative Stimme und werden vom Vereins-Director gewählt.

§. 15.

C a s s a b e a m t e.

Die Cassabeamten müssen verschiedenen Dienstzweigen angehören. Den Cassabeamten kann nach Erforderniß zur Beforgung der Rechnungsgeschäfte durch Beigabe eines dritten Beamten Aushilfe gewährt werden.

Der Vereins-Director und dessen Stellvertreter, die Mitglieder des engen und des verstärkten Ausschusses und die Cassabeamten, werden von allen am Sitze der Verwaltung befindlichen Vereinsmitgliedern durch Abgabe verschlossener schriftlicher Stimmzettel für den Zeitraum von drei Jahren gewählt.

Der neuerlichen Wahl der Functionäre steht nichts im Wege.

§. 16.

Vereins-Curatoren.

Der Vereins-Director trifft die Vorforge, daß in allen jenen Orten, wo sich Comitatsbehörden und Comitatsgerichte vereint oder abgesondert befinden, ein dem Vereine als Mitglied bereits beigetretener Beamte als Vereins-Curator den Beitritt ermögliche.

An die Vereins-Curatoren haben sich daher die Vereinswerber zu wenden, und denselben die documentirten Beitrittserklärungen zu übergeben; durch die Vereins-Curatoren können auch die Zahlungen an die Vereinskassa geleistet werden, es wäre denn, daß die unmittelbare Zusendung erwünschter wäre; übrigens steht nichts im Wege, daß die in einem Orte befindlichen Beamten sich einen Vertrauensmann auch selbst wählen. Die Vereins-Curatoren haben die für den Verein zweckdienlichen Erhebungen zu pflegen, durch dieselben können bei Todesfällen die Ansprüche der Bezugsberechtigten geltend gemacht, und die Zahlungen an Letztere vermittelt werden.

Auswärtige Vereinsmitglieder können auch ein am Sitze der Verwaltung befindliches Vereinsmitglied als Bevollmächtigten benennen.

§. 17.

Vereinsdiener.

Der Vereinsdiener wird vom Vereins-Director aus der Amtsdiener-schaft derjenigen Behörden, von welchen Beamte dem Vereine als Mitglieder beigetreten sind, gewählt. Der Vereinsdiener erhält ein vom verstärkten Ausschusse jährlich bestimmtes Honorar, dessen Höhe darf den Betrag von 40 fl. CM. jährlich nie übersteigen.

§. 18.

Vereinsvermögen.

Sobald in der Cassa das baare Geld die Höhe von 100 fl. CM. erreicht, müssen dafür solche Interessen tragende öffentliche Papiere angekauft werden, deren Ankauf sich jeweilig als am vortheilhaftesten darstellt, und welche nach Bedarf sogleich gegen baares Geld umgesetzt werden können. Es werden also Baarvorräthe im Betrage von 100 fl. durch den Ankauf von Grund-Entlastungs-Obligationen des Raschauer Verwaltungs-Gebietes capitalisirt, Baarvorräthe dagegen unter 100 fl. sind bei der Raschauer Sparkassa im Sinne der Statuten derselben, derart anzulegen, daß eine und dieselbe Einlage nie den Betrag von 50 fl. österr. Währ. überschreitet, sofort unter den Effecten des Vereines sich nie ein Sparkassabüchel vorfinden darf, welches den Betrag von 50 fl. österr. Währung übersteigt. Die Elocirung des Vereinsvermögens auf Privathypothenen oder die Verleihung an Vereinsmitglieder oder sonst an Private wird Ein für Allemal als unzulässig erklärt. In so lange der Rechnungs-Abschluß ein Stammvermögen von 2000 fl. CM. nicht nachweist, können nur die procentmäßigen Unterstützungsbeiträge verabsolgt werden. Beim Stammvermögen in dieser Höhe ist der Grundsatz festzuhalten, das dasselbe nur als Reservefond zu betrachten sei, und daß sohin bei Todesfällen den Bezugsberechtigten so viel möglich höhere Vortheile zugewendet werden sollen.

Ist der Verein im Stande, auch in letzterer Beziehung sein wohlthätiges Wirken zu entfalten, so kann auch hilfsbedürftigen Vereinsmitgliedern während deren Lebenszeit eine Unterstützung gewährt werden.

§. 19.

Vereinscassa-Rechnungsführung.

Die Cassa wird unter doppelter Sperre u. z. des Cassiers und des Controlors geführt, und in einer entsprechenden eisernen Cassatruhe an einem

sichern dem Beschlusse des verstärkten Ausschusses anheim gestellten Orte aufbewahrt.

Die Vereinsbeiträge werden jeweilig vom 1. bis zum 8. der Monate Jänner, April, Juli und October bei der Cassa übernommen, in das Cassa-Journal eingetragen, und in die Cassatruhe sammt einer genau zu führenden Münzliste eingelegt.

Die Vereinsbeiträge sind unmittelbar an die Cassa abzuführen, deren Empfang wird in dem Zahlungsbogen welcher bei der Aufnahme zugemittelt wird, und jeweilig vorzulegen ist, bestätigt.

Mit Ende Dezember jedes Jahres ist die Hauptkassa-Rechnung abzuschließen, und dieselbe sammt Beilagen dem engern Ausschusse bis längstens Ende Jänner zur Prüfung zu übergeben. Dieser Hauptkassa-Rechnung ist ein individueller Hauptausweis beizulegen, in welchem jedes Mitglied mit seiner Beitragsgebühr, mit der hierauf geleisteten Abstattung und dem allenfalls verbleibenden Reste namentlich aufzuführen ist.

Mit der Hauptrechnung ist auch ein summarischer Rechnungs-Ausweis vorzulegen.

Endlich ist mit Schluß eines jeden Quartals dem engern Ausschusse ein besonderer Ausweis jener Mitglieder vorzulegen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande haften, in welchem Ausweise die Zeit und Höhe des Ausstandes eines jeden einzelnen Mitgliedes genau anzugeben ist, um nöthigenfalls mit der Ausschließung des säumigen Mitgliedes vorgehen zu können.

Jedes Vereinsmitglied erhält jährlich den summarischen Rechnungs-Ausweis zum Nachweise über den Stand des Vereinsvermögens.

Jedem Vereinsmitgliede bleibt es unbenommen, durch Einsicht der Rechnungen und ihrer Beilagen sich die genaue Kenntniß über die Vermögensgebarung zu verschaffen, und allfällige Gebrechen dem Vereins-Director, dem engen oder verstärkten Ausschusse zur Abhilfe anzuzeigen.

§. 20.

V o r m e r k b u c h.

Nach erfolgter Aufnahme wird jedes Vereinsmitglied in das beim Vereins-Director zu führende Vormerkbuch eingetragen, welches in den einzelnen Rubriken die genaue Angabe des Datums des Eintrittes, des Alters, des jeweiligen Gehaltsbezuges und Charakters des Vereinsmitgliedes enthält, und von einem Secretär geführt wird.

§. 21.

Schiedsgericht.

Alle zwischen einem Vereinsmitgliede oder dessen Erben und dem, den Verein repräsentirenden Ausschusse entstehenden Streitigkeiten werden durch ein Schiedsgericht entschieden, gegen dessen Ausspruch keine weitere Berufung stattfindet. Findet sich daher ein Mitglied oder dessen Erbe durch eine Verfügung des Ausschusses beschwert, so steht es ihm frei, hierüber die Entscheidung des Schiedsgerichtes einzuholen, und zu diesem Behufe vom Vereins-Director die Zusammenberufung eines Schiedsgerichtes zu begehren, doch kann dies nur innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen, vom Tage der ihm zugestellten in Beschwerde gezogenen Erledigung des Ausschusses, geschehen, nach dessen Ablaufe er nicht weiter mit seiner Beschwerde gehört wird.

Das Schiedsgericht hat aus einem Vorsitzenden und 4 Mitgliedern zu bestehen, und entscheidet nach absoluter Stimmenmehrheit.

Die Wahl des Schiedsgerichtes geschieht derart, daß der Ausschuß-Director 2, und ebenso der Beschwerdeführende 2 Vereinsmitglieder mit Ausschluß der Ausschußmitglieder als Schiedsrichter bestellt. Der Vorsitzende wird mit Ausschluß von Vereins-Ausschußgliedern aus den Vereinsmitgliedern durch das Loos der vom Director und dem Beschwerdeführer zu je 2 in Vorschlag gebrachten 4 Vereinsgliedern bestimmt. Die Entscheidung des Schiedsgerichtes wird dem Ausschusse und dem Vereinsmitgliede unter Fertigung des gesammten Schiedsgerichtes schriftlich bekannt gegeben.

§. 22.

Dauer und Auflösung des Vereines.

Dieser Verein ist auf keine bestimmte Dauer beschränkt. Wenn jedoch der Verein wegen Mangel an Theilnahme oder aus andern Gründen seinem Zwecke nicht mehr entsprechen könnte, daher dessen Auflösung nothwendig sein dürfte, so hat der enge Ausschuß seinen Antrag an den Vereins-Director zu erstatten, welcher sodann den Antrag des Ausschusses einer zusammen zu berufenden General-Versammlung zur Entscheidung vorzulegen hat.

§. 23.

General-Versammlung.

Die Einberufung aller Vereinsmitglieder zu einer General-Versammlung findet nur dann statt, wenn es sich um die Auflösung des Vereines

handelt, dabei gebührt jedem erscheinenden Mitgliede eine entscheidende Stimme, und die absolute Stimmenmehrheit bildet einen für alle Mitglieder bindenden Beschluß, doch ist zur Fassung eines gültigen Beschlusses die Anwesenheit zweier Drittheile der am Sitze der Vereins-Verwaltung wohnenden Mitglieder nothwendig.

Wird die Auflösung des Vereines beschlossen, oder von der Regierung aufgetragen, so ist sogleich in Verathung zu ziehen, in welcher Art das vorhandene Vereinsvermögen zu verwenden sei. Es wird ausdrücklich bedungen, daß die zur Zeit der Auflösung vorhandenen Vereinsmitglieder ihre erwiesenermaßen gemachten Beiträge je nach Zulänglichkeit, entweder ganz oder quotientmäßig zurückzuerhalten haben, wobei sie jedoch auf eine Interessenvergütung in keinem Falle einen Anspruch haben. Erübrigt noch ein Betrag, so kommt derselbe nur zu einem wohlthätigen Zwecke, dergestalt zu widmen, daß hievon vor Allem die etwa nach verstorbenen Vereinsgliedern hinterbliebenen dürftigen Wittwen und Kinder, sodann hilfsbedürftige Vereinsglieder, und nur in Ermangelung derselben, die bei den Behörden, von welchen zur Zeit der Auflösung des Vereines bei demselben Beamte als Mitglieder bestehen, unentgeltlich dienenden und armen Individuen mit einer Unterstützung zu theilen sein werden.

§. 25.

Vereins-Vertretung.

Dritten, dem Vereine nicht beigetretenen Personen und Behörden gegenüber, ist der jeweilige Vereins-Director gemeinschaftlich mit einem vom engen Ausschusse bestimmten Vereinsmitgliede berechtigt und verpflichtet, den Verein zu vertreten.

§. 25.

Schlussbemerkungen.

Alle auf diesen Verein Bezug nehmenden Amtshandlungen haben selbstverständlich ohne Abbruch des a. h. Dienstes und bei Beobachtung der bestehenden Disciplinar-Vorschriften zu geschehen; alle Functionäre des Vereines haben ihre Geschäfte unentgeltlich zu besorgen.

Der hohen Staatterverwaltung bleibt es unbenommen, in die Geschäftsbefahrung des Vereines Einsicht zu nehmen, über die Beobachtung der Statuten zu wachen, und wenn es nothwendig erachtet wird, einen landesfürstlichen Commissär dem Vereine beizugeben. Der Verein führt den Namen

„Beamten = Unterstützungs = Verein für das Kaschauer Verwaltungsgebiet im Königreiche Ungarn.“

Ein jedes dem Vereine beitretende Mitglied erhält ein Pare dieser Statuten zu seinem Gebrauche, und zur Nachachtung.

Die Vereinsverwaltung hat ihren Sitz in Kaschau.

§. 26.

Transitorische Verfügung.

Der Vereinsgründer behält sich das Recht zur ursprünglichen Wahl des Vereins-Directors und der Vereins-Curatoren vor. Die zu Kaschau domicilirenden Mitglieder des Begründungs-Comités werden ursprünglich unter dem Voritze des Vereins-Directors über die Aufnahme der zu Kaschau domicilirenden Vereinswerber entscheiden.

Nach dieser Aufnahme ist sodann unaufgehalten durch diese aufgenommenen Vereinsglieder zur Wahl des Directors-Stellvertreters, der Mitglieder des engen und verstärkten Ausschusses und der Cassabeamten zu schreiten, worauf statutenmäßig weiter vorzugehen sein wird.

Nach Verlauf eines Jahres, vom Beginn der Wirkksamkeit des Vereines gerechnet, ist die Wahl des Vereins-Directors statutenmäßig vorzunehmen, von demselben können sodann auch andere Vereins-Curatoren bestellt werden.

Nr. $\frac{21553}{33}$

Wird hiemit genehmigt.

R. k. Statth. Abth. Kaschau den 29. October 1857.

L.S.

Ritter v. Poche.

Nr. $\frac{21837}{3125}$

Die beantragten Aenderungen an den bereits genehmigten Statuten dieses Vereines genehmigt.

R. k. Statth. Abth. Kaschau den 18. November 1858.

In Beurlaubung des Herrn k. k. Vice-Präsidenten

Mednyánszky.